

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

◀ Beitrags-
hebung für Altan-
schließer

Seite 2 >>>

◀ Für eine
neue Skater- und
Biker-Anlage

Seite 5 >>>

◀ Atomausstieg
nicht mehr aufzu-
halten

Seite 4 >>>

Angemerkt

**Neuenhagen ist Mittelzentrum.
Ist Mittelzentrum?**

Vor zwei Jahren wurde Neuenhagen (17.200 Einwohner) von der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg als Mittelzentrum eingestuft mit den als Mittelbereich zugeordneten Gemeinden Hoppegarten (17.300 Ew.), Petershagen/Eggersdorf (13.800 Ew.) und Fredersdorf-Vogelsdorf (12.800 Ew.). Die nächsten Mittelzentren sind Strausberg (mit Altlandsberg, Rüdersdorf, Amt Märkische Schweiz), Erkner (mit Woltersdorf, Schöneiche) und Bernau (mit Werneuchen, Ahrensfelde, Panketal, Wandlitz). Was hat sich mit der Einstufung als Mittelzentrum verändert?

Neuenhagen übernimmt die Verantwortung für die Gestaltung der Kooperation, erhält Planungsrechtsprivilegien, z.B. für großflächigen Einzelhandel, und erhält vom Land einen jährlichen Mehrbelastungsausgleich von 800.000 Euro. Diesen Betrag erhält übrigens jedes Mittelzentrum, egal wie groß der Mittelbereich ist. Es ist also im Prinzip die Fortführung guter Nachbarschaft mit besseren Mitteln.

Was ist seitdem, in den vergangenen zwei Jahren, passiert?

1. Ein Planungsbüro wurde mit der Erarbeitung eines Kooperationsvertrages beauftragt (und dafür bezahlt). Der Entwurf war eine Kopie des Kooperationsvertrages für das Mittelzentrum Kyritz. Er wurde verworfen.

2. Der Kooperationsrat bestand anfangs aus den vier Bürgermeistern und den vier Vorsitzenden der Gemeindevvertretungen. Jetzt dürfen pro Gemeinde noch drei weitere Gemeindevertreter an den Sitzungen teilnehmen. Die Sitzungstermine wurden 2011 von den frühen Nachmittags- in die Abendstunden verlegt, so dass die ehrenamtlichen Abgeordneten überhaupt die Chance haben, an den Sitzungen teilzunehmen.

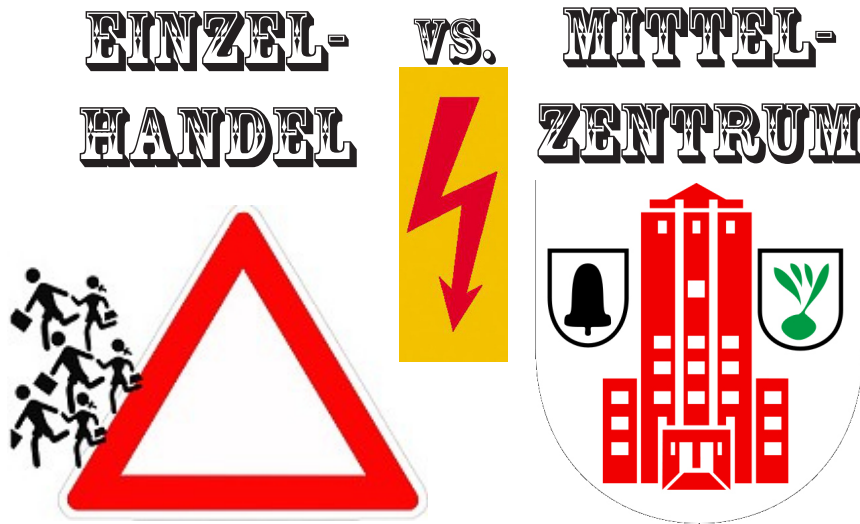
3. Der Kooperationsvertrag zwischen Hoppegarten und Neuenhagen wurde gekündigt.

4. Die Gemeinden Hoppegarten und Fredersdorf-Vogelsdorf reichten bei der Gemeinsamen Landesplanung (nicht gegen Neuenhagen wie Neuenhagen einige Zeit bockig dachte!) Klage gegen die Festlegungen im Landesentwicklungsplan ein.

Das sieht nicht nach Kooperation aus, oder? Und was macht die LINKE?

Kommunalpolitiker und Ortsvorsitzende der LINKEN des Mittelbereiches trafen sich im Dezember 2010

Seite 2 >>>



◀ **Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept -
Gestaltung oder Entwicklungsbremse? Seite 3 >>>**

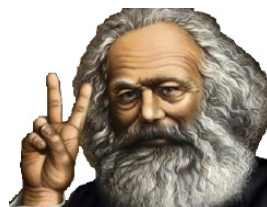
Links unten

Voltaire hat wahrscheinlich Recht. Er verbrachte immerhin drei Jahre mit Friedrich dem Großen und meinte, dass Geschichtsschreibung eine Lüge wäre, über die man sich geeinigt hätte.

Seit einem Jahr haben wir in Brandenburg eine Enquetekommission. Sie hat einen langen Namen und soll die Geschichte im Land nach 1990 untersuchen und vor allem die Folgen der SED-Diktatur bewältigen. Worte wie „Schlachtfeld“ und „man suche den Skandal“ liest man im Blätterwald. Besonderen Eifer legt eine Partei an den Tag, die ein Jahrzehnt lang selbst auf

der Regierungsbank saß. Viel und teurer Aufwand wird betrieben, einbezogen eine honorifique Professoren-gilde. Über 30 Gutachten werden durchforstet. Eingerahmt ist die Sache durch Landesmedien aller Art. So richtig selbstgerecht kommt man daher und schwadroniert mit Kampfbegriffen. In kräftiger schwarzer Farbe wird gemalt: DDR = Stasigesellschaft, Unrechtsstaat und ein verkommener Laden. Dazwischen ein bisschen Stolpe und man müsse die Großen suchen, die auf dem Lande noch immer das Sagen hätten. Vor allem gehörte der Schuljugend das

wahre Geschichtsbild verordnet. Ist es Furcht vor einer „Leiche“ oder vor allem Politikersatz, um notwendigen Antworten zur Zukunft unserer Gesellschaft auszuweichen? Wahrscheinlich beides. Auf jeden Fall geht es gegen links. Da Geschichte geronnene Erfahrung sein soll, hat sicher Abraham Lincoln recht: „Man kann alle Leute einige Zeit und einige Leute alle Zeit, aber nicht alle Leute zum Narren halten.“ W.F.



>>>

und Februar 2011 und einigten sich auf acht konkrete Projekte:

1. Analyse und Vergleich der Erbringer kommunaler Leistungen in den Gemeinden des Mittelbereichs, um mögliche Handlungsfelder für die Kooperation aufzuzeigen

2. Erstellung einer Übersicht über medizinische Einrichtungen im Mittelbereich, einschließlich deren Erreichbarkeit mit ÖPNV

3. Einrichtung einer mobilen Sozialberatungsstelle für Pflege- und Seniorenbetreuung sowie zur Schaffung von Barrierefreiheit in den Gemeinden

4. Erstellen einer Machbarkeitsstudie für die Errichtung und Betreibung eines Hallenba-

des an einem optimalen Standort im Mittelbereich, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Strausbad

5. Entscheidung zur Entwicklung von großflächigen Einzelhandelsstandorten im Mittelbereich

6. Entwicklung eines gemeinsamen Beschaffungspartners für öffentliche Dienstleistungen

7. Situationserfassung bei der Versorgung mit schnellem Internet in den Gemeinden des Mittelbereichs und Nutzung der Erfahrungen der Gemeinden zur Beschleunigung der Beseitigung von weißen Flecken

8. Radwegkonzept für den Mittelbereich

Insbesondere die Punkte 1, 2 und 7 sind von den Verwaltungen in Zusammenarbeit mit der

Regionalen Planungsstelle in Beeskow zu erstellen ohne ein Planungsbüro dafür zu beauftragen.

Diese Projekte in den Kooperationsrat einzubringen ist die Aufgabe der Vertreter der LINKEN im Kooperationsrat, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Wie sinnvoll ist die Einstufung der Gemeinde Neuenhagen als Mittelzentrum in einem Mittelbereich von vier ziemlich gleich großen Kommunen (siehe Einwohnerzahlen), noch dazu im direkten Umfeld der Metropole Berlin? Die letzten beiden Jahre lassen Zweifel aufkommen.

Die Vorschläge der LINKEN könnten helfen, die Kooperation im Mittelbereich endlich zu beginnen.

Elke Richter

Eine deutsche Biographie

Der deutsche Geograph Walter Christaller (1893 – 1969) pries sein Modell der zentralen Orte, nach dem Orte hierarchisch nach ihren Versorgungsangeboten klassifiziert werden und jedes Oberzentrum von einem Ring von Mittelzentren umgeben ist, die ihrerseits wiederum von einem Ring von Unterzentren umgeben sind, als Umsetzung des "Führerprinzips" in der Raumordnung.

Vor 1933 stand Christaller der KPD nahe. 1940 trat Christaller in die NSDAP ein und war von 1940 bis 1945 Mitarbeiter im "Stabshauptamt Planung und Boden" im SS-Planungsamt "Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums", das den Eroberungskrieg in Osteuropa z. T. wissenschaftlich begleitete und legitimieren sollte. Er war in diesem Zusammenhang an der räumlichen Planung im besetzten Polen (Generalgouvernement) beteiligt und bearbeitete u. a. die Siedlungsplanung in einzelnen Gebieten (sog. "Warthegau" und Białystok), in denen er sein Modell der zentralen Orte durchsetzte. 1945 wurde er freischaffender Geograph, Mitglied der KPD, später der SPD. Seit 1996 vergibt der Deutsche Verband für Angewandte Geographie DVAG den Walter-Christaller-Preis für Nachwuchsgeographen.

Beitragserhebung bei Altanschließergrundstücken



Marco Büchel
Mitglied des
Landtages

Seit mehreren Jahren erregt die Erhebung von Anschlussbeiträgen von so genannten Altanschließergrundstücken die Gemüter in Brandenburg. Jetzt drohen die Beitragsbescheide auch erstmals versandt zu werden. Dabei kommen erhebliche finanzielle Belastungen auf Wohnungsunternehmen, Betriebe und nicht zuletzt auch Grundstückseigentümer zu. Viele Menschen empfinden diese Beiträge für die zentralen Abwasserentsorgungsanlagen nach 1990 als ungerecht, da ihr Grundstück ja bereits 1990 an eine solche angeschlossen war.

Hintergrund ist die auslaufende Verjährungsfrist am 31.12.2011, die die Aufgabenträger nunmehr dazu zwingt die Beitragsbescheide an die so genannten Altanschließer zu versenden. Diese Erhebung war durch zwei Urteile des Obergerichtes Berlin-Brandenburg aus dem Dezember des Jahres 2007 bestätigt worden. DIE LINKE. hatte sich in der letzten

Legislaturperiode für eine Verjährung der Festsetzungsfristen für den Zeitraum vor der Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) 2004 eingesetzt. Wir hatten dazu eine Regelung im Kommunalabgabengesetz vorgeschlagen. Diese wurde durch die damalige Koalition aus SPD und CDU abgelehnt. Stattdessen wurde zuerst die Verjährungsfrist auf den 31.12.2011 verlängert und danach der § 8, Absatz 4a in das KAG eingeführt, der den Aufgabenträgern die Möglichkeit eingeräumt, eine differenzierte Regelung für Altanschließer anzuwenden. Davon macht offenbar jedoch nur ein Zweckverband im Landkreis Havelland Gebrauch. Damit wird die gesetzliche Möglichkeit ermäßigter Anschlussbeiträge faktisch nicht genutzt.

Bei einer Dienstberatung im Innenministerium Ende März in Potsdam wurden die verschiedenen Wege,

wie differenzierte Beitragserhebung, gleiche Beitragserhebung oder vollständige Umstellung auf Gebühren den Vertretern der Zweckverbände noch einmal dargelegt. Zudem sind die Zweckverbände durch ein Rundschreiben aufgefordert worden, Stundungs- und Erlassanträge zu prüfen. Empfänger eines Beitragsbescheides sollten diesen dahingehend prüfen, ob die Berechnungsregelungen eingehalten worden sind und ob u.U. eine Verjährung eingetreten sein könnte.



Gestaltung oder Entwicklungsbremse? Klaus Biedka (gekürzt, vollständig im Internet)

Alles fing damit an, dass im vergangenen Jahr Investoren wieder vorhatten, in Neuenhagen zusätzliche Discounter zu errichten, was die Gemeinde so nicht wollte. Da es ein Recht auf Bauen gibt, wenn es in die Umgebung passt und für die betreffende Fläche nicht bereits eine dem entgegenstehende Bauplanung vorliegt, ist es für die Gemeinde schwierig, solche Vorhaben zu verhindern. Diese Discounter hätten Käufer aus den bereits bestehenden Geschäften abgezogen und diese damit möglicherweise in den Ruin getrieben - so die Argumentation des Bürgermeisters. Nun war es aber bereits in der Vergangenheit gelungen, solche ungewollten Ansiedlungen zu verhindern, doch das war jedes Mal ein erheblicher Aufwand mit ungewissem Ausgang. Dem sollte nun ein für alle mal abgeholfen werden: Ein Textbebauungsplan soll auf der Basis eines städtebaulichen Konzepts zur Entwicklung des Einzelhandels erarbeitet werden, so beschlossen es die Gemeindevertreter mehrheitlich im Juni 2010.

Nun liegt dieses Konzept als „Einzelhandels- und Zentrenkonzept“ vor. Es wurde in den Ausschüssen heftig diskutiert. Auf der Gemeindevertretertagung am 14. April zog der Bürgermeister schließlich den Beschlussantrag zur Billigung des Konzepts zurück, um Schlimmeres zu vermeiden... Warum bislang diese Diskussionen? Die Verwaltung hatte das Konzept bereits frühzeitig den Einzelhändlern und Interessierten durch das bearbeitende Planungsbüro problemlos vorstellen lassen. In den Ausschüssen dagegen gab es viele Fragen, die vom Planungsbüro nicht überzeugend beantwortet wurden. Die Verkehrslösung für die jetzt schon überforderte Eisenbahnstraße z.B. blieb völlig im Dunkeln, das wäre nicht ihre Aufgabe gewesen. Wo ist das Problem?

Für die einen ist das pure Geldverschwendung, rund

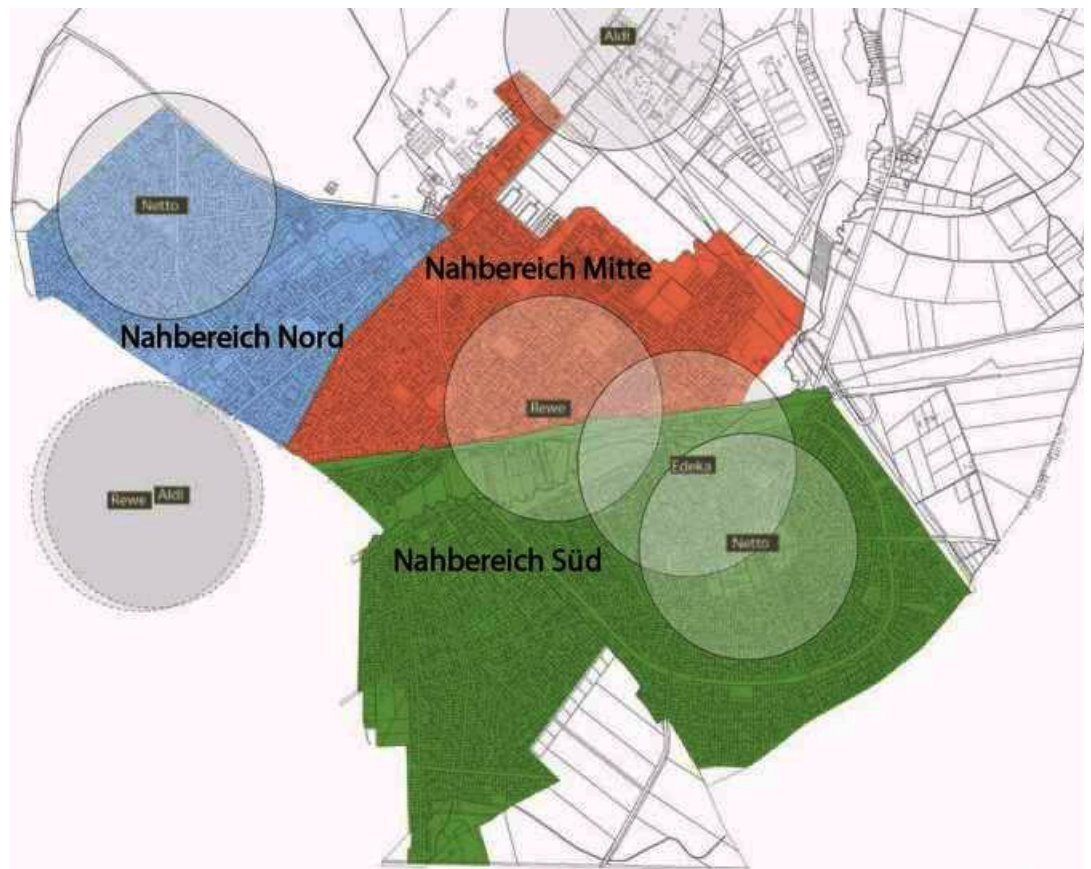
40 Tausend Euro kostete das schon. Bisher ging es auch ohne Textbebauungsplan. Andere sehen darin das Fernhalten von Konkurrenz zugunsten einiger Händler, obwohl gerade Konkurrenz das Geschäft belebt, wie es ja so schön heißt. Man kann auch dagegen sein, dass, wie im Konzept vorgesehen, nur ein begrenzter Bereich nördlich des S-Bahnhofs als zentraler Versorgungsbereich, im Konzept Hauptgeschäftsbereich genannt, entwickelt

bauplan sind die Folgen für den Rest Neuenhagens vorgegeben. So ist der Nutzen für den einen Standort mit Nachteilen für alle anderen verbunden. Durch die Festlegung im Beschluss, dass der Textbebauungsplan erst ab einer Nutzfläche größer als 200qm gelten soll, wollte man diese Nachteile vermeiden. Doch rechtlich ist das nicht möglich, wie nun offenbar wird.

So stellt sich das Problem als Abwägung zwischen der

gesamten Gemeindegebiet ein vernünftiges Entwicklungsinstrument verfügbar. Aber in der zurückgezogenen Beschlussvorlage 022/2011 findet sich ein folgenschwerer Satz:

„Planungen für großflächige Einzelhandelseinrichtungen außerhalb des ‚städtischen Kernbereichs‘, die laut Landesentwicklungsplan ... im Mittelzentrum Neuenhagen zulässig wären, sind nicht Inhalt des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts“



werden soll. An anderen Standorten dürfen nur Einzelhändler mit eng begrenztem Sortiment neu angesiedelt werden.

Das Problem ist bereits im Aufstellungsbeschluss 043/2010 der Gemeindevertreter begründet: „Die Gemeinde Neuenhagen beabsichtigt, das Ortszentrum in seiner Funktion als zentraler Versorgungsbereich zu erhalten und die weitere Entwicklungsfähigkeit ... dauerhaft sicherzustellen“. Mit dieser Heraushebung eines Gebietes als Zentrum und seiner Sicherung durch einen Textbe-

Entwicklung eines kleinen Zentrums und dem Ausschluss aus der Entwicklung aller übrigen Standorte der großflächigen Gemeinde. Das ist aber keinesfalls gewollt, wie die Diskussion am 14. April zeigte.

Wie nun weiter?

Wenn der Aufstellungsbeschluss 043/2010 aufrechterhalten werden kann, dann müsste ein neues Konzept von allen vorhandenen Versorgungsbereichen und damit von der polyzentralen Struktur der Gemeinde ausgehen. Damit wäre für die Entwicklung im

Im Klartext:

An dem in 5 Autominuten erreichbaren Ortsrand können beliebige großflächige Einkaufszentren entstehen - Eiche lässt grüßen. Wie soll dann noch der Schutz und die Entwicklung des Einzelhandels im kleinen „Hauptgeschäftsbereich“ funktionieren?

Mit einem Textbebauungsplan, gleich welchen Inhalts, jedenfalls nicht.

Die 40 Tausend Euro haben dem Planungsbüro Arbeit geschaffen, das wars...

Ausstieg ist nicht mehr aufzuhalten

Marian Krüger (weitere Infos im Internet)

Mit dem 11. März 2011 ist das Ende des Nuklearzeitalters eingeleitet. Fukushima zeigt: Auch die Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie sind nicht beherrschbar. Das ist keine primär technologische Frage, sondern eine politische. Wer beurteilt diese Risiken? Wie weit die Atomindustrie die Risiken ihrer Atomkraftwerke (AKW) im eigenen Interesse herunterspielt kann man in Japan besichtigen. Der Leiter der japanischen Atomsicherheitsbehörde, wies bereits vor einem Jahr darauf hin, dass es in Fukushima bei Stromausfall zur Kernschmelze kommen kann. Aber in Deutschland können solche

Störfälle nicht passieren, lautet ein geläufiger Einwand. Fakt ist, dass in deutschen AKW in den letzten zehn Jahren 1330 Stör-



fälle registriert worden sind.

Altbundeskanzler Helmut Kohl (CDU) meint, dies alles gehöre eben zum Risiko. "Was in Japan passiert ist, ist schreck-

lich, aber – in aller Brutalität – es ist auch das Leben", schreibt er in der „Bild“-Zeitung. Es gäbe „kein Leben ohne Risiken, sie gehören zum Alltag wie Wind, Wasser und Sonne.“ Offenbar beurteilt eine Mehrheit der Bürger dieses Landes, diese Risiken anders, als Dr. H. Kohl. Sie wehren sich dagegen, dass Propagandisten und Lobbyisten der Atomwirtschaft nach wie vor einen bestimmenden Einfluss auf die deutsche Energiepolitik behalten wollen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE tritt auch deswegen dafür ein, den Atomausstieg im Grundgesetz um den Bestrebungen der Atomlobby ein Riegel vorzu-

schieben. Das Verbot der Nutzung von Atomenergie gibt es bereits in der österreichischen Verfassung.

Wir erleben derzeit, wie weit Atomkonzerne für ihre Interessen gehen. Nicht nur in Japan. Was sind die Drohungen mit Milliardenklagen, mit Stromabschaltungen, anderes als eine Erpressung der demokratischen Institutionen und der Mehrheit der Bevölkerung? Deswegen sagt DIE LINKE, dass der Atomausstieg mit einem neuen Strompreissystem verbunden werden muss.

Die Macht dürfe der Bevölkerung nicht länger überhöhte Preise diktieren.

EU- Kein Verbot von Klonfleisch und -milch

T. Raeck (gekürzt, vollständig im Internet)

Obwohl in der EU geklonte Tiere nicht zu Lebensmitteln verarbeitet werden dürfen, ist es möglich, dass Klonfleisch oder -milch in den Handel und damit auf den Tisch der Verbraucher gelangen können. Die Minister Deutschlands, Spaniens, Großbritanniens, Schwedens und der Niederlande lehnten Ende März die Vorschläge des Europäischen Parlaments für ein EU-weites Verbot für Fleisch, Fleischprodukte und Milch von Klontieren ab. Selbst das Kompromissangebot des Parlaments zur Kennzeichnungspflicht wurde abgelehnt. Damit kann der Verbraucher nicht selbst entscheiden, ob er sich der Gefahr des Verzehrs von Klonlebensmitteln aussetzt.

Unter der Federführung der holländischen Abgeordneten Kartika Liotard aus der Europäischen Linksfraktion KVEL/NGL

hatten die Vertreter des Europäischen Parlaments monatelang im Vermittlungsverfahren mit dem Rat eine Einigung gesucht, scheiterten aber an der unnachgiebigen Haltung einiger Mitgliedsländer, darunter bezeichnenderweise Deutschland.

Eine frühere Meinungsumfrage der europäischen Agentur EUROSTAT hatte ergeben, dass mit 77% eine klare Mehrheit der Bürger in der Europäischen Union das Anbieten von Lebensmitteln, die aus geklonten Tieren hergestellt wurden, ablehnt. Da keine europäischen Wahlen vor der Tür stehen, meinte der Rat offensichtlich, solche eindeutigen Positionen ignorieren zu können. Aus den Verhandlungen wurde ersichtlich, dass die Furcht vor möglichen Handelsstreitigkeiten mit den USA, in denen Klonfleisch zugelassen ist, für den Rat

stärker wiegt als der Schutz der eigenen Bürger.

Ein wichtiger Streitpunkt in den Verhandlungen war auch der Anspruch des Europäischen Parlaments, gegen die Hinzufügung neuer Produkte auf die Liste der in der EU zugelassenen „neuen Lebensmittel – novel food“ ohne die Konsultierung des Parlaments ein Veto einlegen zu können. Darüber hinaus strebte das Parlament erstmalige spezielle Regelungen für die Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln an. Auch wenn das Europäische Parlament über kein Initiativrecht wie nationale Parlamente verfügt, sind die Abgeordneten entschlossen, diese Frage als politisches Schwerpunktthema weiter zu verfolgen und doch noch eine europäische Entscheidung zu erzwingen.

Kultur ist nicht käuflich!

Arno Gassmann

Die kreiseigene Kultur gGmbH hatte und hat immer einen besonders schweren Stand. Wenn der Rotstift angesetzt wurde oder wird, die Kultur kommt zuerst unter die Räder. Das ist kein Wunder. Die Gesetzeslage kennt „pflichtige“ Aufgaben und „freiwillige“ Aufgaben. Was pflichtig ist, muss – in unserem Fall – der Kreis erfüllen, was freiwillig ist, das kann er finanzieren, eine Verpflichtung dazu besteht aber nicht. Hier sollte man allerdings „können“ nicht mit „wollen“ verwechseln! Also: Erst wenn alle pflichtigen Ausgaben zwischen den Kostenträgern verhandelt sind, kann an freiwillige Leistungen gedacht werden, etwa kulturelle Aktivitäten. Da fällt vielen Entscheidungsträgern die Wahl nicht schwer, zumal Zuschüsse aller Art an den

Kreis stetig gestrichen werden, während von Bund und Land auferlegte Pflichten immer mehr Mittel binden. Ein Beispiel: Obwohl in Märkisch-Oderland immer weniger Jugendliche leben, benötigen diese eine immer intensivere Betreuung. Die Zahl der Jugendlichen sinkt also, ebenso die der Jugendlichen in Notlagen, doch die Kosten für deren Betreuung steigen. Selbstredend wiegt die Lebensqualität von Menschen und gerade Jugendlichen mehr, als jedes Kunstwerk der Welt.

Die Kultur gGmbH muss heute noch immer mit einem Zuschuss auskommen, wie er zum Zeitpunkt ihrer Gründung beschlossen wurde. Unterdessen sind viele der notwendigen Aufwendungen explodiert. Personalkosten, Sachkosten und

Unterhaltskosten fressen heute die gesamten Zuwendungen auf. Darum musste die Politik umdenken und sie hat es unter der Führung von BV, SPD und DIE LINKE getan. Die Kultur gGmbH trennt sich von einigen Liegenschaften, ohne dass deren Funktion aufgegeben wird. Schlichte Erhaltungskosten für Immobilien werden Haushaltsposten übertragen, die nicht kulturelles Engagement darstellen, sondern den Unterhalt von Gebäuden.

So wird der Kultur gGmbH zumindest mittelfristig ermöglicht, sich auf ihren eigentlichen Auftrag zu konzentrieren: die Vermittlung von Kultur. Eine Lösung auf Dauer kann aber auch dies nicht sein, denn die nächste Tarifierhöhung – Haustarif hin oder her – kommt bestimmt.

Die „Ex-Ehemalige“

Dietrich Lade

Um sich von einem gewissen Dreibuchsta- benstaat, der vierzig Jahre lang auf deut- schem Boden existierte, recht deutlich zu distanzieren, wird eifrigst die Vorsilbe ex bemüht. Allerdings entstehen auf diese Art schwarze Rap- pen, zumindest dann, wenn das Prädikat eines Satzes ohnehin die Vergangenheit kennzeichnet.

Jemand sagt zum Beispiel von sich, er habe in der Ex-DDR studiert. Doch zu der Zeit war sie nicht „ex“, son- dern bestand de facto und de jure. Mancher spricht in solchen Fällen von der ehe- maligen, früheren oder alten DDR. Demnach müsste streng genommen auch eine jetzige da sein oder womöglich eine neue in Aussicht stehen! Vielleicht schreibt nächstens einer sogar:

„1949 wurde die ehemalige DDR gegrün- det.“ – Oder: „1990 hörte die verblichene DDR auf zu existieren.“

Was also tun, um der Sprachlogik zu ge-

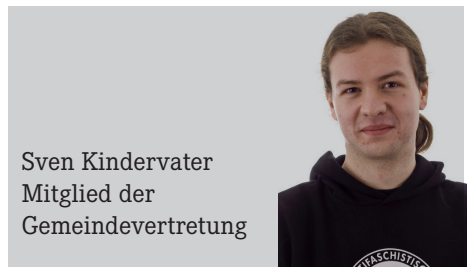
gen Kaiserreich, Weimarer Republik, Drit- tes Reich tun. Doch nicht jeder wird es bei dem scheinbar so anrühlich gewordenen Begriff DDR ganz ohne Wertung bewenden lassen wollen. Es könnte ihn ja unter Umständen jemand verdächtigen, die Vergangen- heit verklären zu wollen. Er besinne sich dann doch auf das Attribut sogenannt oder auf die langjährig von Bonn aus praktizierten Anfüh- rungsstriche. Oder er nehme am besten gleich – sicher ist sicher! – beides. Am allerbesten und allersi- chersten ist es wahrschein- lich zu sagen:



Die ehemalige sogenannte Ex-„DDR“.

nügen? Es wäre naheliegend und das Ein- fachste von der Welt, so zu verfahren, wie wir es üblicherweise mit den Bezeichnun-

Für eine neue Skater- und Bikeranlage



Sven Kindervater
Mitglied der
Gemeindevertretung

Am 1. April war es endlich so weit. Der Jugendclub „Blaupause“ war bis auf den letzten Platz gefüllt, das Publikum ein un- gewöhnlicher Querschnitt durch alle Alters- gruppen. Auf der Bühne laufen aufgeregt zwei Jungs mit ihren Kopfmikros herum, im

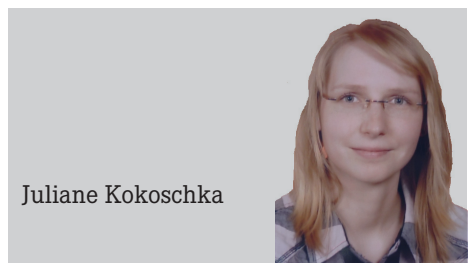
Hintergrund wirft ein Beamer eine Präsen- tation an die Wand. Die beiden heißen SE- BASTIAN JAEUTHE und YVES MEYER, sind 15 bzw. 16 Jahre alt und begeisterte BMX- Fahrer aus Neuenhagen. Sie hatten einge- laden, um ihr Anliegen eines Skater- und BMX-Parks in Neuenhagen den Anwesen- den, darunter Bürgermeister HENZE, Ver- waltungsmitarbeiter und viele Abgeordnete aus Kommune und Land, vorzutragen.

Hintergrund waren die Bestrebungen der Gemeinde um eine neue Anlage, welche sie Mitte 2010 auf Eis gelegt hatte, da sie im Ort keinen Bedarf ermitteln konnte. Eine frühere Anlage nahe des Jahnsportparks

hatte mit häufiger Verschmutzung zu kämp- fen und war schließlich vor Jahren zerstört worden. Doch mahnte hier der Bürgermei- ster überraschend deutlich: „Lasst uns doch hier einen Schnitt machen, die Debatte um die Vergangenheit beenden und gemein- sam nach vorne sehen.“ Man habe das An- liegen aufgenommen und werde sich in den Gremien damit beschäftigen.

Die Linksfraktion wird das Anliegen der beiden Jungs in vollem Umfang unterstüt- zen. Nicht zuletzt wird von beiden Seiten eine neue Anlage mit Anbindung an die Blaupause in Bollensdorf angestrebt.

Loben und loben lassen



Juliane Kokoschka

Wann haben Sie das letzte Mal ein Lob ge- hört? Ich spreche nicht von großen Dingen. Manchmal ist es Lob genug zu hören: „Das hätte ich genauso gemacht.“

Ich unterstütze die Neuenhagener Links- fraktion aktiv erst seit Herbst 2010 und bin vor kurzem auch Mitglied der LINKEN geworden. In diesem halben Jahr habe ich aber bemerkt, dass Politik sehr schnelllebig

ist. Bis zur nächsten Sitzung der Gemeinde- vertretung müssen Anträge und Vorlagen eingereicht werden, es wird unter Druck gearbeitet. Änderungsvorschläge werden eingebracht, Absprachen getroffen, Dis- kussionen geführt und das alles neben Beruf und Familie. Bleibt da noch viel Zeit zum Loben, erst Recht bei ehrenamtlichen Politikern in den Basisorganisationen?

Eine Freundin sagte mir vor kurzem: „Tadelst du ein Kind einmal, braucht es zehn Liebe um das auszugleichen.“ Anscheinend hat Loben etwas mit dem Alter zu tun, denn während wir als Kinder relativ häufig gelobt werden, verwehren wir uns im Erwachse- nenalter jeder Belobigung. Aber ist es nicht als Erwachsener genauso wichtig, gelobt zu werden wie als Kind?

Für mich war danach klar: Wer Lob ernten will, muss Lob säen. Fragen Sie sich doch mal, wann Sie das letzte Mal jemanden ge- lobt haben! Bei mir ist es genau 38 Minuten her.

Der französische Philosoph, Moralist und Schriftsteller LUC DE CLAPIER VAUVEN- ARQUES (1715–1747) prägte den Satz: „Es ist immer ein Zeichen von Mittelmäßigkeit, wenn ein Mensch nicht aus vollem Herzen loben kann.“ Daher wünsche ich mir, auch als neues Mitglied, für die Zukunft der LIN- KEN in Neuenhagen, dass die Funktions- träger ein Auge auf die Stimmung, auf das Zwischenmenschliche in ihrer Organisation haben und mit gutem Beispiel voran gehen, dass sie sich abheben von der Mittelmä- ßigkeit und aus vollem Herzen loben können.

Und Hoppegarten?

Ruth Schäfer, Fraktion DIE LINKE Hoppegarten (gekürzt, vollständig im Internet)

Auch dieser Gemeinde geht es wie den anderen: Die Einführung der „Doppik“-Buchführung reißt ein Loch in die Finanzen, wo vorher keins zu sehen war. Von einem Haushaltsjahr zum nächsten scheint es keinen Gestaltungsspielraum mehr zu geben. Diese Situation wirft auch Fragen bei der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen auf. Denn einerseits ist in Zeiten knapper Kassen einem Jeden das eigene Hemd näher als der Rock, andererseits gibt es auch aus anderen Regionen die Erfahrung, dass durch Koopera-

tion mitunter sogar das Unmögliche zu meistern ist. So sollten also die vier Gemeinden, die dem Mittelzentrum Neuenhagen zugeordnet sind, ersprießlich zusammenarbeiten.

Denn wenn es in Hoppegarten in irgendeiner Weise gelingt, finanzielle Mittel zu erschließen, sind diese für die folgenden Hauptaufgaben einzusetzen:

- Wir müssen uns im Bereich der Investitionen auf die Pflichtaufgabe Kitabetreuung konzentrieren. Entgegen dem allgemeinen demographischen Trend

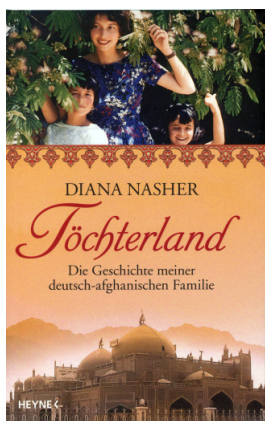
haben wir im Augenblick eine starke Zunahme von Kindern im Kitaalter zu verzeichnen. Diese Tatsache ist erfreulich und gleichzeitig eine große Herausforderung. In Hoppegarten gibt es acht Kitas, alle in Trägerschaft der Gemeinde. Sechs Einrichtungen wurden neu gebaut. Dennoch fehlen aktuell etwa hundert Kitaplätze. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten der personellen Absicherung.

- Wir müssen entsprechend dem starken Bevölkerungswachstum im Ortsteil Hönow

die dortige Infrastruktur entwickeln. Insbesondere geht es dabei um geeignete Voraussetzungen für die Gestaltung des gemeindlichen Lebens. Für die Vereine, den Sport, die Jugend- und Kulturarbeit vor Ort müssen angemessene Bedingungen geschaffen werden.

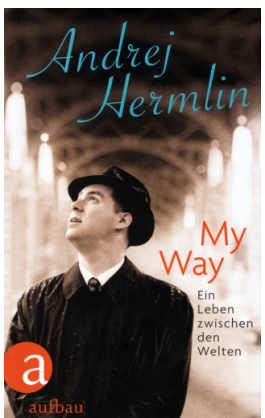
Für die Bewältigung dieser Aufgaben ist der Weg noch nicht gefunden. Hoppegarten kann sich deshalb im Augenblick auf keine weiteren finanziellen Belastungen einlassen, die nicht gleichzeitig der Lösung dieser Aufgaben dienen.

Bücher



Drei starke Frauen zwischen Orient und Okzident. Dies ist die Geschichte von drei Frauen, drei Generationen, drei Töchtern: Elisabeth, Mariam und Diana. Mutig und selbstbestimmt überwinden sie Grenzen und Konventionen, um ihren Träumen zu folgen. In einer Zeit, in der das Leben von gesellschaftlichen Traditionen, strengen familiären Strukturen und großen politischen Umwälzungen geprägt ist, finden sie einen Weg, sich gegen alle Widerstände zu behaupten.

Ihre Leben sind untrennbar verwoben mit der bewegten Geschichte Afghanistans und Deutschlands von den 20er Jahren bis heute - zwei Kulturen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten.



Der jüngste Sohn des Schriftstellers Stephan Hermlin ist anders als andere DDR-Kinder seiner Generation. In Begleitung seines Vaters darf er reisen und sieht die Welt, trifft namhafte Dichter wie Pablo Neruda, Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch oder Heinrich Böll. In der Schule wird er deshalb oft angefeindet.

Ein Fluchtpunkt ist für ihn die Musik. Als er seine Begeisterung für die Melodien Benny Goodmans und Glenn Millers entdeckt und beschließt, Musiker zu werden, ist ein ungewöhnliches Leben vorprogrammiert. Heute ist er „der deutsche Botschafter des amerikanischen Swing“ (Die Welt).

Veranstaltungen

30.04.2011

20:00 Uhr Cafe Petit
Ernst-Thälmann-Straße
„Himmel, Donnerwetter“
– über Gott und die Welt
mit dem Kabarettisten Edgar Külow

01.05.2011

10:00 Uhr Arche
11. Maifest auf dem Hof der Arche,
rund um die Dorfkirche bis
zum Kinderbauernhof Kuhmuckel
Besuchen Sie den Informationsstand
der Ortsorganisation
DIE LINKE Neuenhagen

18.05.2011

19:00 Uhr Bürgerbüro DIE LINKE,
Ernst-Thälmann-Straße,
Mittwochsgespräch zum Thema:
„Wie sicher sind die deutschen
Atomkraftwerke wirklich?“

18.06.2011

10:00 Uhr Cafe Petit
Ernst-Thälmann-Straße
Kaffeegespräch nach der
Gemeindevertreterversammlung

Wussten Sie schon...

..dass die Gemeindevertretung Neuenhagens vor 100 Jahren, am 11. September 1911, einen Beschluss fasste, „auf halbem Wege zwischen dem Dorf Neuenhagen und der Colonie Niederheide“, mitten in der Feldmark eine neue Schule zu bauen? Die alte Schule (die heutige „Arche“) war infolge des schnellen Anstiegs der Bevölkerungszahl zu klein geworden, sodass in der Aufnahmeklasse der Volksschule 1911 bereits 92 Kinder unterrichtet werden mussten. Im gleichen Jahr berief die Gemeindevertretung für die

Leitung dieser Schule einen Rektor und zwar den Pankower Mittelschullehrer PAUL MIERSCH. Er war dann 25 Jahre lang Rektor der 1913 fertiggestellten neuen Schule und gestaltete diese „Neue Schule“ – wie sie nun offiziell genannt wurde – in der Niederheidenstraße (heute Rathausstraße) zu einer modernen Volksschule mit hellen, schülerfreundlichen Klassenräumen, eigener Aula und Turnhalle, Beobachtungsturm, Schulgarten und Schulküche. Wenn in Neuenhagen mal wieder eine neue Straße einen Namen erhalten soll, wäre der verdienstvolle Pädagoge PAUL MIERSCH wohl einer der ersten Anwärter als Namensgeber.

Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei DIE LINKE,
vertreten durch Elke Richter,
Hohe Allee 27
15366 Neuenhagen
Verantwortlicher Redakteur:
Werner Förster
Der Flyer wird durch Spenden
finanziert.
Veröffentlichte Zuschriften müssen
nicht mit der Auffassung der
Redaktion übereinstimmen.